

Aus unserer Journalredaktion, präsentiert von Helene Seelmann, es ist 8 Uhr.

Montag, 17. April, guten Morgen.

Im Sudan dauern die Kämpfe zwischen den rivalisierenden Militärapparaten an.

Die G7-Außenminister warnen bei ihrem Treffen in Japan vor gewaltsamen Änderungen der internationalen Ordnung.

Im Iran wurden rund 150 Geschäfte und Lokale wegen Verstößen gegen die Kopftuchpflicht geschlossen.

In Wien hat eine Frau vor Gericht recht bekommen, die wegen ihres Kopftuchs einen Ausbildungsplatz nicht bekommen hat.

ÖGB-Bundesfrauenkongress ab morgen in Wien, die Forderungen sind altbekannt und die heimischen Fischzüchter klagen über hohe Preise und den Klimawandel.

Erster Programmpunkt der Blick aufs Wetter mit Grunderschule.

Vorläufig kommt das Wetter nicht zur Ruhe, wechselhaft geht es weit und jederzeit kann es regnen.

Heute und morgen regnet es nicht viel, auch am Mittwoch halten sich die Regenmengen tagsüber noch in Grenzen.

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wird der Regen jedoch von Vorarlberg bis ins Mostviertel und bis Oberkärnten stärker und Schnee kommt dann wieder bis in manche Täler.

Zurück zur Prognose für heute, da wird es ja im Süden und auch ganz im Osten

bei kräftigen Nordwind längere sonnige Phasen geben.

Auch in Vorarlberg und Nordtyrol lockert es zeitweise auf.

In Salzburg in Oberösterreich, im westlichen und südlichen Niederösterreich

und im Norden der Steier mag jedoch nur zwischendurch Sonne überwiegend bewölkt und streckenweise auch neblig.

Die Schneefallgrenze steigt von 1000 m auf 1400 bis 1700 m.

In der Westhälfte Österreichs maximal 8 bis 15°.

Im Osten und Südosten aber einigermassen meldt heute mit bis zu 17-18°.

Im Sudan dauern die Kämpfe zwischen den Militärapparaten der beiden mächtigsten Männer des Landes an.

In der Nacht haben sich Armee-Einheiten und die mit ihnen rivalisierenden Milizen in mehreren Landesteilen heftige Gefechte geliefert.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO spricht von mehr als 80 Toten seit Samstag.

Das ist ganz Kernmeier berichtet.

In der sudanesischen Hauptstadt Khartoum berichten Bewohner von anhaltendem Gefechtslärm.

In Handy-Videos an ausländische Medien schildern sie das Chaos, das in der Stadt herrscht.

Von Schusswechseln und Raketenangriffen erzählt ein Mann,

überall sei Militär, an Rausgehensein nicht zu denken.

Am Samstag sind die Rivalitäten zwischen dem sudanesischen Armee-Chef Abdel Fatah al-Burhan, dem de facto Machthaber des Landes und seinem Stellvertreter Mohammed Hamdob Darglow voll ausgebrochen.

Darglow befälligt schwer bewaffnete Milizen und wehrt sich gegen deren Eingliederung in die Armee

und den damit einhergehenden Machtverlust.

Laut Weltgesundheitsorganisation sind seit Samstag 83 Menschen getötet

und mehr als 1100 verletzt worden. Verhandlungen lehnen beide Seiten ab.

Die großen Krisen der Welt vom Russland-Ukraine-Krieg über das iranische Atomprogramm bis hin zum Taiwan-Konflikt stehen im Mittelpunkt des G7-Außenministertreffens in Japan, das gestern begonnen hat und heute fortgesetzt wird.

Beitreichende Entscheidungen sind nicht zu erwarten.

Man wolle aber vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine ein Signal der Entschlossenheit aussenden. Manuel Marold berichtet.

In mitten geopolitischer Verwerfungen setzt die Gruppe der sieben bedeutendsten Industriestaaten bei ihrem Treffen im japanischen Karuisawa auf einen Schulterchluss.

Man werde jegliche Versuche zurückweisen, die internationale Ordnung durch Gewalt zu ändern, sagt der japanische Außenminister Yoshimasa Hayashi, vor allem an Moskau und Peking gerichtet.

Und die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock betont, es gehe darum, Russland angesichts des Kriegs in der Ukraine

ein Signal der Entschlossenheit entgegenzuhalten.

Auch eine mögliche Eskalation des Konflikts zwischen China und Taiwan werde man nicht hinnehmen.

Weitreichende Beschlüsse sind vom G7-Außenministertreffen nicht zu erwarten.

Die Konferenz dient auch zur Vorbereitung auf den Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Mai. Neben Japan und Deutschland sind Frankreich, Italien, Kanada, die USA und Großbritannien vertreten.

Deutschland hat die letzten Atomkraftwerke abgeschaltet, doch damit ist dieses Energiekapitel noch lange nicht erledigt.

Nach dem herunterfahren müssen die AKW nun in einem langwierigen Prozess abgebaut werden. Und dann ist die Frage wohin mit dem Atommüll.

Dafür sucht Deutschland noch ein Endlager und zwar schon seit Jahren. Andreas Jolli berichtet.

Nach mehr als 60 Jahren ist Schluss mit deutschem Atomstrom und das ist gut so, sagt Wolfram König vom Bundesamt

für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, aber noch nicht das Ende.

Der Atomaustich ist erst geschafft, wenn eben auch alle Abfälle sicher, dauerhaft überwachungsfrei gelagert sind.

Jetzt beginnt aber erstmal der langsame und länger dauernde Abbauprozess der Atomkraftwerke und das abkühlende Brennstäbe.

Die Brennelemente müssen abkühlen über fünf Jahre in der Regel und werden dann trocken gelagert in sogenannten Kastorbehältern in den Zwischenlagern. Das ist das eigentliche Problem, vor dem wir stehen,

nämlich die hochradioaktiven Abfälle, die mengenmäßig nicht allzu viel ausmachen, die aber eben von ihren Gefährdungspotenzialen

extrem gefährlich sind und groß sind.

Welche Gefährdung geht aus?

Jeder Kastorbehälter kann eine Aktivität enthalten, das nur nur sich klarmachen, die in Tschernobyl freigesetzt worden ist.

Und davon werden 1.900 in Zwischenlagern stehen, die sind sicher für einen Zeitraum, bis ein Endlager da ist,

aber sie können eben kein Endlager ersetzen.

Die Suche nach einem Standort läuft, sagt Wolfram König, er wacht über den sicheren Umgang mit

den Hinterlassenschaften der Atomenergie und überwacht auch das Auswahlverfahren für das Endlager. Dafür wurde eine eigene Gesellschaft gegründet, die die notwendigen Voraussetzungen prüft, vor allem die geologischen Gegebenheiten. Und das dauert, denn die ursprünglich angepeilte Standortentscheidung wurde schon verschoben. 2031 verangepeilt für eine Standortentscheidung, dann bedarf es natürlich eines Genehmigungsverfahrens. Da kann man mindestens mal von 20 Jahren ausgehen und dann werden 20, 30 Jahre benötigt, um diese Stoffe dann in dieses Endlager zu bringen und wieder dieses Endlager zu verschließen, dauerhaft sicher. Also wenn alles gut geht, 60 Jahre sind ein ehrgeiziges Ziel. Das heißt aber, es kann bis zum Ende dieses Jahrhunderts dauern. Das muss man durchaus in Betracht ziehen, also für die weiteren Planung ist das ein Horizont, der durchaus nicht unrealistisch ist. Trotzdem bringt Wolfram König darauf nicht zu trödeln und konsequent dran zu bleiben. Und er hofft, dass nach dem Abschalten der letzten drei Atomkraftwerke auch die Emotionen runtergefahren werden, auch bei der Suche nach einem deutschen Atomüll-Endlager, wie auch immer, die Entscheidung dann ausfallen. Es wird keiner begeistert sein, aber ich glaube, entscheidend ist, dass das Verfahren fair stattfindet, dass nicht der Eindruck entsteht, wie es ja heute auch schon passiert, wo dann aus politischen Gründen gesagt wird. Aber bei uns nicht, wir wollen gerne den Atomstrom nutzen, aber die Abfälle sollen mal andere Regionen in Deutschland haben. Also ich setze darauf, dass eine neue Generation, die nicht mehr mit diesem historischen Rucksack des Widerstandes oder eben der, ich sag mal, Kampf für diese Kernenergie unterwegs war, dass dieses jetzt in der Bundesrepublik sich auflöst und damit nüchterner auf diese Problematik geschaut werden kann. Und es ist halt wichtig, dass diese Menschen, die am Ende aufgrund ihrer guten geologischen Situation ausgesucht werden, bzw. der Standort, der dann die Menschen betrifft, dass die nicht als Verlierer gesehen werden, als diejenigen, die für alle eine Verantwortung übernehmen und damit auch eine Unterstützung verdienen. Und für Wolfram König ist klar, der in Deutschland produzierte Atomüll muss auch in Deutschland entgelagert werden. Der Iran macht jetzt ernst mit seinem Schärferin Vorgehen gegen Verstöße gegen die Kopftuchpflicht. Mehr als 150 Geschäfte und Lokale sind geschlossen worden, weil Warnungen im Zusammenhang mit der Kopftuchpflicht nicht beachtet worden seien, wie die Behörden es formulieren. Silvia Mises berichtet. 137 Geschäfte und 18 Restaurants mussten im Iran zusperren. Ihr Vergehen, sie sollen die Kopftuchpflicht missachtet haben.

Die Polizei setzt damit ihre angekündigte Aktion scharf um, wonach Verstöße gegen die Kopftuchpflicht konsequent verfolgt werden sollen. Und die Maßnahmen zeigen Wirkung, sagt etwa diese junge Frau. Es verschlimmert die Lage, viele Frauen trauen sich nicht mehr, das Kopftuch abzulegen. Das Schärfere Vorgehen des Regimes betrifft zum einen Frauen, die öffentlich ohne Kopftuch auftreten. Zur Überwachung werden dazu in öffentlichen Plätzen und Straßenkameras installiert. Zum anderen betrifft es auch Firmen und Geschäfte, die zulassen, dass Frauen ihr Kopftuch ablegen. Zunächst gebe es Verwarnungen, dann folgen aber teils drastische Strafen. In Wien hat sich eine muslimische Frau erfolgreich gegen Diskriminierung gewährt. Die Frau wollte eine Ausbildung zur Gruppenleiterin für einen Kindergarten machen. Im Ausbildungsgespräch wurden ihr Fragen zu ihrem Kopftuch gestellt. Denn Ausbildungsplatz hat sie nicht bekommen. Ein Gericht hat dann entschieden, die Frau wurde wegen ihres Geschlechts und der Religion diskriminiert und sie erhält Schadenersatz in der Höhe von 2000 Euro.

Berte Tomasowicz.

Frau F., ihren vollen Namen will sie nicht im Rade hören, war damals 19 Jahre alt. Sie hat bereits Erfahrung in einem Kindergarten gesammelt. Das ist auch eigentlich mein Traumjob. Die Jobzusage hatte sie, es fehlte nur die Ausbildung zur Kindergruppenleiterin. Also hat sich Frau F. für eine Kurs beworben und einen Lebenslauf mit Foto geschickt. Ja, ich sehe schon, Sie tragen einen Kopftuch und könnten Sie sich schon vorstellen, das Kopftuch mal nach hinten zu binden. Das hat sie mich schon gleich am Telefon angesprochen. Dann kam die zweite Runde im Vorstellungsgespräch. Einziges Thema, das Kopftuch. Ich habe vor der Tür schon mein Kopftuch so ein bisschen gelockert und wollte es schon nach hinten binden. Und dann meinte die Frau dann, ja, was machen Sie da? Mit einem strengen Ton. Und ich meinte, ja, ich wollte es nach hinten binden, wie ich es halt mit der anderen Dame besprochen habe. Nein, ziehen Sie das gleich aus. Wissen Sie so richtig, so aggressiv war das. Und ich war eh schon so nervös. Und dann wollte ich meinen Platz nicht gefährden. Und dann habe ich das einfach dann ausgezogen. Am Ende wurde Frau F. der Vorschlag gemacht, sie könnte das Kopftuch abnehmen und dafür eine Haube aufsetzen, wenn Ausflüge gemacht werden. Sie wollte nicht, dass ich muslimisch ausschaue. Aber das so ein Gefühl habe ich schon bekommen bei ihr. Frau F. hat sich gewährt, ist zur Gleichbehandlungsanwaltschaft und zur Dokustelle Islamfeindlichkeit und anti-muslimischer Rassismus gegangen. Doch der Fall lässt sich außergerichtlich nicht lösen, also hat Frau F. geklagt. Vor Gericht wurde sie von Theresa Hammer vom Klagsverband vertreten. Im Februar hat das Landesgericht für Zivilrechtssachen das Ersturteil bestätigt

und Frau F. Schadenersatz in der Höhe von 2000 Euro zugesprochen.
Und damit wurde bestätigt, dass eine derartige Diskriminierung verboten ist und was für uns vor allem auch eine wichtige Aussage ist, dass die betroffene Frau hier nicht nur aufgrund ihrer Religion, sondern auch eigentlich aufgrund des Geschlechts diskriminiert wurde. Weil das Kopftuch ist ein religiös konnotiertes Symbol, das aber nur Frauen tragen. Der Fall von Frau F. ist kein Einzelfall. Allein bei der Gleichbehandlungsanwaltschaft wurden im Zeitraum 2020, 2021 mehr als 240 Anfragen registriert wegen des Diskriminierungsgrunds Religion. Dreiviertel der Anfragen betreffen Frauen, sagt die Leiterin der Gleichbehandlungsanwaltschaft Sandra Konstatski. Gerade Frauen, die so intersektionelle Diskriminierungen wie Geschlecht, Religion, Rassismus erleiden, weil sie eben ein sichtbares Zeichen der sogenannten Fremdheit tragen, wie eben zum Beispiel das Kopftuch, dass diese Frauen, die eine sehr marginalisierte Gruppe sind in Österreich, nach wie vor, dass die wirklich das Vertrauen haben, sich an uns zu wenden. Das Recht steht zwar hinter den Frauen, aber es braucht noch viel Aufklärung. Dass hinter diesen scheinbar oft auch sachlichen Argumenten wie Hygiene oder eben Sicherheitsvorschriften eigentlich rassistische Motive dahinter sind. Frau F. hat ihren Traumjob im Kindergarten übrigens aufgegeben. Sie hat eine Ausbildung zu Kosmetikerinnen und Fußpflegerinnen abgeschlossen. Ab morgen tagt in Wien der Bundeskongress der Gewerkschaftsfrauen. Alle fünf Jahre wird dort die Spitze gewählt und ein neues Arbeitsprogramm beschlossen. Dieses Mal steht das Programm unter dem Motto Frauen machen Zukunft. Die Forderungen, die die ÖGB Frauen darin erheben, sind zum Teil aber bereits Jahrzehnte alt. Dazu kommen neue Probleme, berichtet Victoria Walddecker. Vor 25 Jahren klangen die Forderungen der ÖGB Frauen so. Es müssen Frauen gewährt durch alle Bereiche in Betrieb ihren Platz finden, bis hin zu den Schäftagen. Das dürfen Frauen nicht weiter bei der Landfindung diskriminiert werden. Das forderte 1998 die damalige ÖGB Frauenvorsitzende Irmgard Schmidleitner. Gleicher Lohn, gleiche Chancen, diese Forderungen gelten auch heute noch. Es hat sich nicht genug getan, kritisieren die Frauen des österreichischen Gewerkschaftsbundes. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt ein großes Problem. Hier pochen die Gewerkschaftsvertreterinnen weiter auf einen Rechtsanspruch auf kostenlose Betreuung ab dem ersten Lebensjahr. Zu den jahrelangen Baustellen kommen aber auch neue dazu. Denn der Klimawandel wird Frauen besonders stark treffen, kritisierende Gewerkschafterinnen. Frauen haben oft weniger Einkommen und damit auch weniger Möglichkeiten, sich beispielsweise vor Hitzewellen zu schützen, sagt auch Brigitte Ratzer, Gender-Expertin im Bereich Technik und Naturwissenschaften. Weil die Klimakrise ganz generell soziale Ungleichheiten in der Gesellschaft verstärkt. Und da wir jetzt bestehen, die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern haben, stichwort unterschiedliche Einkommen, unterschiedliche Vermögenslagen.

Wesentlich mehr Frauen als Männer arm bzw. armutsgefährdet, ist die Gruppe der Frauen wesentlich größer, die in einem massiven Ausmaß von diesem Klimawandel betroffen sein wird.

Einen Vorgeschmack darauf habe bereits die Corona-Pandemie gezeigt.

Die Gewerkschaftsfrauen fordern hier, dass Frauen auch in umweltpolitische Entscheidungen stärker einbezogen werden müssen. Und auch der technische Fortschritt wird sich auf Frauen am Arbeitsmarkt stark auswirken.

Denn die Möglichkeiten der Digitalisierung werden bei den oft frauendominierten Dienstleistungsberufen

vom Handel bis zum Bankwesen oft unterschätzt.

Um hier mithalten zu können, bräuchten Frauen mehr Um- und Weiterbildungen.

Diese Möglichkeiten haben sie oft aber nicht, meint Gender-Expertin Brigitte Ratzler.

Das liegt zum Teil darin, dass wir ja sehen, wer kriegt Fortbildungen,

Leute, die Vollzeit arbeiten, aber nicht jemand, der gerade in Eltern Teilzeit ist oder überhaupt Teilzeit arbeitet für eine längere Zeit.

Für Frauenvertreterinnen bleibt also weiterhin viel zu tun.

Beim ÖGB-Bundesfrauenkongress stellt sich die Vorsitzende Corinna Schumann der Wiederwahl.

Auf die Frage, warum sich die Forderungen der Fraungewerkschafterinnen seit 25 Jahren nicht geändert haben, sagt Schumann im Morgenjournal um sieben.

Also ich glaube, es ist jetzt ganz, ganz wichtig, dass endlich einmal die Frauen in den Fokus gerückt werden des politischen Handelns, weil wir haben durch die Corona-Zeit, es wurde schon im Bericht gesagt, genauso wie jetzt durch die Treuerungswelle, einen besonderen Rückschritt für die Frauen und das muss aufgehoben werden.

Das heißt, man muss jetzt hinschauen, wie schaut die Situation der Frauen aus, welche Verbesserungsschritte können gemacht werden, sei es Ausbau der Kinderbildungseinrichtungen,

sei es bei Handlungsschritten, bei der Einkommenstransparenz. Also es wäre an ganz vielen Ecken was zu tun,

aber es muss einmal in den Fokus gestellt werden.

Aber ist das nicht auch ein Versäumnis der Gewerkschaftsfrauen, dass im Jahr 2023 das Allnis noch nicht umgesetzt ist?

Wir kämpfen auf allen Fronten, das ist ganz klar, wir sind laut, aber wir haben derzeit eine Situation, dass Frauen-Themen sozusagen wie unter einer Decke, einer Decke stillgehalten werden und Frauen und Ruhe heißt immer Rückschritt in der Frauenpolitik.

Sack Corinna Schumann, ÖGB-Bundesfrauen-Vorsitzende im Morgenkanal um sieben, das ganze Gespräch können Sie über unser Online-Angebot nachhören.

Acht Uhr und 15 Minuten. Die heimische Fischzuchtbranche steckt in der Krise.

Gestiegene Preise, Räuber wie Fischotter, die in Teichen jagen und die Klimaerwärmung machen den Fischzüchtern zu schaffen. Die wärmeren Gewässer setzen vor allem, der Forellenzucht zu. Christoph Kinast informiert.

Vor allem an den kleinen Fischteichen wird es still. Tausende gibt es in Oberösterreich ein Geschäft, das sich offenbar nicht mehr rechnet.

Der Forellenzüchter Erich Glück aus Maurer-Kirchen sagt,

Das sehen wir, weil wir die Jungfisch verkaufen, den gibt es nicht mehr, der hat aufgehört, der hat aufgehört, die suchen natürlich auch mit Generationenwechsel verbunden.

Die Jungen machen was anderes.

Viele Forellen-Teiche werden im Sommer inzwischen zu warm für die Tiere und die Kosten steigen. Fischfutter kostet um 40% mehr als noch vor zwei Jahren. Der Preis von Fischschül, ein wichtiger Bestandteil des Futters, hat sich sogar verdreifacht.

Der Preis für Fischfilet wird dadurch wohl um 20% steigen.

Kritisch könnte es bei der Versorgungssicherheit werden.

Aktuell kommt jeder Dritte hierzulande gegessene Süßwasserfisch aus Österreich.

Das könnte angesichts stillgelegter Fischteiche Wald Geschichte sein.

Während bei uns der langersehnte Regen ein vorläufiges Ende der extremen Trockenheit gebracht hat,

leidet Frankreich unter Niederschlagsmangel und ausgedörrten Böden mit all den unerwünschten Folgen.

In Serbère an der französisch-spanischen Grenze ist ein Waldbrand ausgebrochen.

Barbara Chandl berichtet.

Das Feuer hat bisher rund 750 Hektar Wald zerstört,

berichtet der regionale Radiosender Franz Blüh.

Mehr als 300 Feuerwehrleute sind, derzeit dabei dem Brand zu löschen.

Auch spanische Einsatzkräfte wurden angefordert.

Die Löscharbeiten gestalten sich schwierig.

Aufgrund des starken Windes können vorerst keine Löschflugzeuge eingesetzt werden.

Mehr als 200 Menschen mussten in Sicherheit gebracht werden, eine Betroffene berichtet.

Ich habe niemals gedacht, dass sich das Feuer so schnell ausbreiten wird.

Bis wir das Haus verlassen mussten, habe ich es für unmöglich gehalten.

Es sei ein sehr trockenes Gebiet und der weiterhin starke Wind sei gefährlich,

teilt die für die Region zuständige Feuerwehrbehörde mit.

Warum das Feuer ausgebrochen ist, ist noch völlig unklar.

Die Nachrichten, Martina Kovler.

Die EU-Kommission kritisiert die Entscheidung, Polens und Ungarns

vorerst kein Getreide mehr aus der Ukraine zu importieren.

Das sei nicht akzeptabel, heißt es aus Brüssel, für Handelspolitik sei ausschließlich die EU zuständig.

Heute soll es Gespräche zum Thema geben.

Der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei Manfred Weber fordert einen Flüchtlingspakt mit Tunesien.

In der Deutschen Tageszeitung Bild schlägt Weber vor, wegen rasant steigender Migrationszahlen Verhandlungen,

nach dem Vorbild des Türkei-Abkommens aufzunehmen.

Nioschefin Berthe Meinl-Reisinger kann sich vorgezogene Neuwahlen noch heuer vorstellen.

Die schwarz-grüne Regierung bringen nichts mehr zusammen und habe nicht einmal annähernd eine Mehrheit der Menschen hinter sich, so Meinl-Reisinger, am Abend in der Zeit im Bild 2.

Wenige Tage nach einem groß angelegten Militärmanöver Kinas hat ein US-Kriegsschiff die Straße

von Taiwan passiert.

Es war der erste Marine-Einsatz der USA in den Gewässern zwischen China und Taiwan seit Jena.

Die US-Marine spricht von einem Routine-Transit.

China hatte erst vergangene Woche ein dreitägiges Militärmanöver rund um Taiwan abgehalten und dabei eine Blockade der Insel geübt.

Aus Minister Alexander Schallenberg ist bei seinem offiziellen Besuch in Vietnam mit seinem Amtskollegen

Bui Tan Son sowie dem vietnamesischen Regierungsschiff zusammengetroffen.

Begleitet wird Schallenberg von einer großen Wirtschaftsdelegation Österreich-Hofdorf staatliche Aufträge und Investitionen aus Vietnam.

Die frühere ÖFB-Nationalteamspielerin Nina Burger steht ab heute in St. Pölten vor Gericht wegen grobverhalsiger Tötung nach einem Autounfall.

Die 35-jährige soll alkoholisiert und übermütet gewesen sein, als sie im vergangenen November mit einem anderen Pkw zusammen stieß.

Der 37-jährige Lenker dieses Wagens kam bei dem Unfall ums Leben.

Das Wetter bleibt auch heute wechselhaft mit ein paar Regenschauern, aber auch zeitweise Sonne.

Zum Teil kräftiger Nordwind bei Höchstwerten von 8 bis 15, im Osten und Südosten bis 18 Grad.

Rainer Hasevar, Rainer Blohberger und Helene Seelmann.

Ihr Morgenjournalteam heute sagt Danke für Ihr Interesse. Es ist 8.20 Uhr.